



## Niederschrift

66. Plenarsitzung des Gemeinderates  
16. Juli 2024, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

### **Punkt 14 der Tagesordnung: Neues Vergabeverfahren zur Erweiterung des Vollservices bei der Wertstoffsammlung**

Vorlage: 2024/0618/1

### **Punkt 14.1 der Tagesordnung: Neues Vergabeverfahren zur Erweiterung des Vollservices bei der Wertstoffsammlung**

Ergänzungsantrag: CDU

Vorlage: 2024/0618/2

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss, vorbehaltlich des für die Stadt positiven Ausgangs des Nachprüfungsverfahrens, das Angebot der Firma Knettenbrech und Gurdulic Service GmbH & Co.KG (K + G) anzunehmen. Die Verwaltung wird ermächtigt, - im Fall des erfolgreichen Abschlusses des Nachprüfungs- oder Beschwerdeverfahrens - den diesbezüglichen Zuschlag zu erteilen und einen entsprechenden Vertrag abzuschließen

### **Abstimmungsergebnis:**

Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (35 Ja, 8 Nein, 2 Enthaltungen)

Ergänzungsantrag: Verwiesen in den Hauptausschuss

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 2. Juli 2024:

Da es sich hier doch um eine immer komplexer werdende Geschichte handelt, führt uns Frau Bürgermeisterin Lisbach kurz ein.

**Bürgermeisterin Lisbach:** Sie hatten das Thema Erweiterung des Vollservices oder Präzisierung des Vollservices bereits in der Gemeinderatssitzung am 19. März hier beraten und auch eine Erweiterung beschlossen. Damals ging es um ein Angebot der Firma KNETTENBRECH + GURDULIC, das damals Wegstrecken bis zu 27 Meter umfasst. Das ist auch das, was heute in dem Angebot, das Ihnen vorliegt oder beziehungsweise zu dem die Beschlussvorlage erstellt wurde, der Fall ist. Dann ging es noch um eine Treppenstufe

inklusive des Klingelns an Haus und Hoftüren. Wir wollten damals natürlich den Gemeinderatsbeschluss umsetzen, konnten aber den Auftrag an die Firma K+G eben nicht vergeben. Grund war, dass eine Verfahrensrüge erfolgt ist von einem Konkurrenzunternehmen der Firma K+G. Das führte dann zu einem Nachprüfungsantrag vor der Vergabekammer. Die Vergabekammer hat dann entschieden und die Stadt verpflichtet, ein neues Verfahren aufzusetzen, wenn sie vorhat, den Auftrag weiter zu vergeben und dabei auch über die Wahl der Verfahrensart neu zu entscheiden und diese Entscheidung dann auch sorgfältig zu begründen und zu dokumentieren. Jetzt war natürlich unser Ziel, die Gemeinderatsentscheidung vom 19.03. möglichst auch umzusetzen oder ihr möglichst weitgehend zu entsprechen. Wir haben ein neues Vergabeverfahren aufgesetzt gemäß den Vorgaben der Vergabekammer und haben uns dabei auch insbesondere mit der Frage auseinandergesetzt, welche Verfahrensart hier zu wählen ist.

Jetzt ist es so, dass gemäß Vergaberecht eine Vergabe ohne Teilnahmewettbewerb dann durchgeführt werden kann, wenn der Auftrag nur von einem ganz bestimmten Unternehmen erbracht werden kann. Unserer Auffassung nach ist es vorliegend hier der Fall. Zum einen ist die Firma K+G im Besitz der Wertstofftonnen, der Abfallbehälter und hat zumindest ein Ausschließlichkeitsrecht. Zum anderen hat auch nur K+G die faktische Befähigung, den erweiterten Volls-service zu erbringen, weil sie bereits die Kerndienstleistung erbringt. Das heißt, die Kerndienstleistung, nämlich grundsätzlich den Volls-service für die Wertstoffbehälter, der ist unumstritten bereits im Auftrag der K+G enthalten. Es geht jetzt um die Erweiterung bzw. Präzisierung, also um den Transport von 15 bis 27 Metern, um die eine Treppenstufe und um das Klingeln an Haus und Hoftür. Diese beiden Leistungen sind unmittelbar miteinander verknüpft. Die müssen auch zum selben Zeitpunkt erfolgen, also völlig synchronisiert sein. Insofern sehen wir nur, dass K+G diese Leistung auch sinnvoll erbringen kann und faktisch nur K+G auch den Auftrag ausführen kann.

Deshalb und mit dieser Begründung, die auch sauber dokumentiert ist, hat die Stadt nur K+G zur Abgabe eines neuen Angebotes aufgefordert für diesen erweiterten Volls-service. Das Angebot entspricht inhaltlich dem, was Sie bereits im März auch kannten. Es ist aber dankenswerterweise etwas billiger geworden. Es beläuft sich jetzt auf rund 2,8 Millionen für den Zeitraum. Es ist immer noch ein ordentlicher Preis, bis Ende 2026. Ursprünglich waren das für den Zeitraum dann 3,1 Millionen.

Wir haben jetzt noch eine Aktualisierung der Vorlage herumgeschickt. Das hängt damit zusammen, dass erneut ein Mitbewerber ein Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer angestrengt hat. Wir gehen davon aus, dass die Vergabekammer über dieses Verfahren innerhalb von fünf Wochen entscheiden wird. Das heißt, wir müssen so lange auch wieder abwarten mit dem Zuschlag. Bis dahin wird der Wertstoff, so ist es mit K+G vereinbart, weiter den Vorgaben der Satzung entsprechend abgeholt, wobei wir natürlich laufend auch jetzt gerade wieder eine deutliche Qualitätsverbesserung des Leerungsservices von K+G einfordern. Das heißt also, wo die Tonnen ebenerdig und höchstens 15 Meter von der Straße entfernt stehen, ist am Abholtag so wie bisher nichts zu veranlassen. In allen anderen Fällen müssen wir die Bürger und Bürgerinnen leider weiter bitten, die Behälter am Leerungstag möglichst auf dem Gehweg bereitzustellen.

Wir bitten Sie, dieser Vorlage so zuzustimmen, damit wir in die Lage versetzt werden, dann K+G den Zuschlag zu erteilen, vorausgesetzt, dass die Vergabekammer in unserem Sinne

entscheidet, was wir sehr hoffen und was wir meinen, dass wir auch sehr gut begründet haben.

Jetzt hat die CDU noch einen Ergänzungsantrag eingereicht, der sich vor allem mit diesen etwas über 6.000 Objekten beschäftigt, die durch diese Präzisierung des Vollservices nicht erfasst sind. Wir haben Ihnen, soweit in der Kürze der Zeit möglich, jetzt noch eine Stellungnahme fertiggestellt, in der zumindest dargestellt ist, was wir bereits tun und woran wir auch arbeiten. Wir würden Ihnen aber vorschlagen, das im Hauptausschuss noch einmal intensiver zu beraten, weil es doch auch um viele Details geht, und das wird man dann gerne auch mit Ihnen besprechen. Soweit von meiner Seite.

**Stadträtin Wolf (GRÜNE):** Frau Bürgermeisterin Lisbach, erst einmal vielen Dank für die Einführung noch einmal. Das ist schon eine ziemlich lange nicht enden wollende Odyssee mit dieser Wertstofftonne. Ich will erst einmal festhalten, dass eigentlich niemand im Gemeinderat diese grundsätzlichen Änderungen wollte, aber 2017 hat sich ein Bundesgesetz geändert. Die Idee war erst einmal nicht schlecht. Verantwortlich für den Verpackungsmüll sollten die Verursachenden sein, und das sind hier die Herstellenden. Aber ich glaube, wir sind uns hier auch absolut einig, dass die GroKo dieses Gesetz einfach sehr schlecht gemacht hat, denn die Müllentsorgung ist immer noch Teil der Daseinsvorsorge. Dafür werden wir als Stadt und auch wir als Gemeinderat verantwortlich gemacht, und dafür wollen wir auch verantwortlich sein. Nur wir dürfen das an der Stelle halt nicht.

Dann gab es an manchen Stellen eine unpassende oder eine nicht ganz passende Müllsatzung. Dann gab es eine schlechte Ausschreibung von BDS/Landbell, und seither gibt es den Streit um diesen Begriff was ist Vollservice. Heute geht es darum, dass K+G unsere Definition von Vollservice an ganz vielen Stellen weitgehend übernimmt. Diesem Kompromiss haben wir hier schon einmal zugestimmt, und es ist sogar ein bisschen günstiger geworden. Wir werden diesem Kompromiss heute wieder zustimmen. Ich finde absolut schlüssig, wie sie das auch noch einmal dargestellt haben, Frau Bürgermeisterin Lisbach, dass kein anderes Unternehmen diese Aufgabe übernehmen kann. Das wäre wirklich eine absurde Situation, wenn da jemand mitfahren müsste und dann klingeln und die Tonnen von 1,27 Meter bis 1,15 Meter mitnehmen müsste und dann an K+G übergeben. Also das ist für uns absolut schlüssig, dass das niemand anders machen kann. Wir hoffen sehr, dass die Vergabekammer das am Ende auch so sieht.

Noch zwei Punkte zum Schluss, es ist in der Tat keine Lösung für alle Haushalte, deswegen auch gut, dass wir im Hauptausschuss noch einmal drüber sprechen und dass wir insgesamt ein neues Konzept für den Vollservice in Karlsruhe neu auflegen. Das ist unsere Aufgabe für die nächsten Jahre, spätestens bis dieser Vergabezyklus herum ist.

Der zweite Punkt ist, die Gegenfinanzierung von diesem Kompromiss ist noch nicht geklärt. Auch da werden vermutlich noch schwierige Entscheidungen auf uns zukommen, aber auch das ist eine Aufgabe für den nächsten Gemeinderat. Der Ergänzungsantrag der CDU wäre für uns dann mit der Antwort der Verwaltung erledigt.

**Stadtrat Maier (CDU):** Ziel muss es sein, dass unsere Bürgerinnen und Bürger den bestmöglichen Service und das schnellstmöglich erhalten und dass unser TSK gerecht ebenso vergleichbar behandelt wird, das als Vorbemerkung.

Wir haben - Sie, Frau Bürgermeisterin, haben es ausgeführt - seinerzeit schon zugestimmt. Das ist jetzt lediglich ein Update. Folgerichtig stimmen wir auch heute wieder zu. Eine solche Nachprüfung, die Klage war ärgerlich, aber ich denke, wir leben in einer Demokratie, wir haben eine Bürokratie, und wenn wir in die Welt um uns herum gucken, dann bin ich manchmal ganz froh, dass es hier Verfahrensschritte gibt, wenn sich jemand ungerecht behandelt fühlt, dass man auch einmal irgendwo reingrätschen kann. Deswegen müssen wir das ertragen, wie gesagt, ärgerlich, nicht gut, nicht schön, aber in der Sache glaube ich, ein großer Wert, den wir haben und von daher stimmen wir heute zu.

Wir haben den Änderungsantrag gestellt, weil wir am Anfang und zwischendrin immer mal wieder den Gedanken hatten, dass die Verwaltung etwas zu wenig Tempo in diese Sache gesteckt hat. Von daher soll und darf das keine Never Ending Story für die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger werden. Zugegebenerweise recht kurzfristig unser Antrag und von daher sind wir erstens dankbar für die ersten Antworten und stimmen auf jeden Fall zu, dass das dann im Hauptausschuss noch einmal vertieft behandelt wird und dann diese Never Ending Story zu einer hoffentlich guten Geschichte wird und spätestens 2026 wir viel daraus gelernt haben und dann, ich sage es mal einfach so, alles gut wird.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Abfall ist ein Millionengeschäft. Das merkt man, wenn hier mit solchen harten Bandagen wie diesem Vergaberecht, Einsprüchen und so weiter, sowohl vorher als auch jetzt für das, was wir heute beschließen, wenn bereits wieder ein Einspruch eingelegt wird. Vergaberecht ist kein einfaches juristisches Thema. Das ist sicherlich Aufgabe von Fachkräften und nicht von uns im Gemeinderat. Wir werden natürlich der neuen Vergabe, die ähnlich ist wie die alte, auch dementsprechend zustimmen.

Wir als SPD wollen auch, dass das Verpackungsgesetz geändert wird und wir, die Kommune, dafür eindeutig zuständig ist. Wir - die CDU hat es durch die ergänzenden Fragen auf jeden Fall noch einmal deutlich gemacht - lösen zwar für die 41.000 Häuser mit dieser Vereinbarung dann die Probleme, aber über 6.000 bleibt es nach wie vor offen. Aber eigentlich - man muss es gerecht sagen - nicht nur für die Wertstofftonne, sondern auch für unseren Restmüll und andere, wo dies dementsprechend steht. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die TSK-Mitarbeiter angemessene Arbeitsbedingungen erhalten. Es müssen deshalb die ganzen Standorte, und das ist schon eine große Aufgabe, entsprechend geändert werden.

Wichtig ist aber auf jeden Fall auch noch, dass K+G ihre Abholtermine, so wie es auf unseren Internetseiten auch veröffentlicht wird, tatsächlich einhält, denn viele stellen ihre Tonnen dementsprechend raus. Wenn sie erst zwei Tage später abgeholt wird, steht es halt eine ganze Weile draußen, das kann nicht sein. Ebenso muss natürlich die Hotline nach wie vor verbessert werden. Was allerdings bei dem CDU-Ergänzungsantrag auch fehlt, und das ist eigentlich der Kern und die Ursache des ganzen Roten-Tonnen-, Gelben-Tonnen-Problems, die Karlsruher trennen ihren Müll nicht sauber. In der Roten Tonne sind 50 Prozent Schrottmüll drin. Es ist natürlich noch von der alten Tonne teilweise Holz, aber auch eine Babywindel hat da natürlich nichts zu suchen. Man muss auch mal sagen - das hat die BNN auch bis jetzt noch nicht berichtet -, das duale System muss für die Entsorgung des Restmülls bezahlen. Das ist nicht durch diese Gebühr, die sie von Verpackungssachen einnimmt, tatsächlich abgedeckt. Das wird leider, sage ich für die Zukunft voraus, noch dazu führen, dass viele Tonnen einfach stehenbleiben. Das ist dann der nächste vorprogrammierte Ärger.

Abfall bleibt ein Dauerthema, dem ich mich dann leider nicht mehr widmen kann oder Gott sei Dank nicht mehr widmen werde. Ich wünsche den Nachfolgern dementsprechend viel Erfolg beim Thema Abfall.

**Stadtrat Hock (FDP):** Zum Lachen ist mir nicht, auch jetzt nicht nach den Ausführungen von Ihnen, Herr Kollege Zeh, weil es wird einigen Leuten das Lachen ganz gehörig vergehen. Aber eines möchte ich vorwegschicken. Erst einmal bin ich dankbar, Frau Bürgermeisterin, dass Sie sich heute zu der Sache einlassen. Das hat die Karlsruher Bevölkerung auch verdient, dass die zuständige Dezernentin zu diesem Punkt spricht. Ich glaube und meine Fraktion glaubt, dass wir nicht so tun können, als ob wir als Verwaltung mit dem Ganzen, wie es jetzt gelaufen ist, nicht viel zu tun haben. Man schiebt es gerne in die Vergabe, und wir mussten das alles umsetzen. Das ist alles richtig, aber ich muss mir für diesen Gemeinderat natürlich und für meine Fraktion schon die Fragen stellen: Haben wir ordentlich mitgearbeitet bei diesem Prozess? Haben wir ordentlich vorgearbeitet? Haben wir die Dinge benannt, wie sie denn die letzten Jahre von unseren Müllwerkerinnen, Müllwerkern gemacht wurden? Mitnichten, das muss auch klar gesagt werden. Eines ist auch klar, die Interpretation, wie es in dieser Stadt so läuft, da hat man gesehen, dass die jetzige Firma das anders auslegt, wie wir das ausgelegt haben. Da frage ich schon, hat man vielleicht in den Wochen der Vorarbeit und der zusammengehörigen Abstimmung vielleicht da das eine oder andere nicht erwähnt, wie es denn die letzten Jahre bei uns lief. Das sind alles Fragen, die sich in diesem Prozess natürlich die Menschen in unserer Stadt auch stellen. Wir können uns es nicht so einfach machen, jetzt zu sagen, es wird alles gut.

Die Anfragen der CDU-Fraktion, der Änderungsantrag dazu, das lese ich alles sehr wohl. Nur auch eines ist klar, für zigtausende Haushalte wird sich mit der neuen Vereinbarung nichts verbessern. Es wird so bleiben. Ich habe das frühzeitig gesagt, das kann man auch gerne nachlesen. Ich glaube nicht, dass die Vergabekammer so positiv, Frau Bürgermeisterin, darauf reagiert, wie Sie es jetzt dargestellt haben. Ich bin nicht zuversichtlich, dass die Vergabekammer diesen Punkt so aufnimmt, wie Sie es gerade dargestellt haben. Die Zuverlässigkeit der Firma, die es jetzt macht, muss man sich auch auf der Zunge zergehen lassen. Da können Sie mit vielen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt auch gerne sprechen. Die können Ihnen Dinge sagen, die glauben Sie nicht.

Und Herr Oberbürgermeister, ich mache es kurz. Meine Fraktion wird diesem Antrag und dieser Vorlage nicht zustimmen. Wir zeigen dieser Vorlage die rote Karte, die Sie mir gleich zeigen wollten.

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.):** Ich möchte mich an dieser Stelle zuallererst bei unseren Beschäftigten und den Müllmännern vom Team Sauberes Karlsruhe bedanken, weil ich glaube, spätestens jetzt können viele Menschen ermessen, was da bislang durch die städtische Müllabfuhr an Leistungen erbracht wird von diesen Menschen mit wirklich harter Arbeit. Deshalb möchte ich mich an der Stelle einfach bei unseren Kolleginnen und Kollegen von der Müllabfuhr bedanken.

Die Zuverlässigkeit von KNETTENBRECH + GURDULIC ist gerade schon angesprochen worden. Ich sehe noch nicht, dass wir unsere Probleme gelöst kriegen, auch mit dem Nachbessern dieser Vergabe und dieses neuen Vertrages. Wir wissen alle, dass nach wie vor noch

für über 6.000 Standorte das Problem noch nicht gelöst ist, und ob es bei den anderen zufriedenstellend laufen wird, das sehen wir erst noch. Also ich bin sehr skeptisch.

Teil des Problems ist natürlich das duale System als solches. Wir haben es nicht in unserer Hand. Wir müssen eine Zusammenarbeit praktizieren, die einfach absolut katastrophal ist aus meiner Sicht. Für viele Menschen ist das System auch Teil, wie sagt man, einer Unzufriedenheit, weil sie gar nicht wissen, was passiert denn eigentlich mit ihrem getrennten Müll, und was passiert denn mit dem Zeug, das eigentlich recycelt werden sollte. Wird es recycelt oder landet es irgendwo auf einer Deponie? All das führt dazu, dass die Unzufriedenheit sehr groß ist. Die Probleme haben wir auch, wenn dieser Vertrag jetzt zustande kommt, noch lange nicht gelöst. Deshalb, wir werden uns jetzt bei dieser Vergabe enthalten, weil wir sehen, dass noch ganz vieles behandelt werden muss, ganz viele Probleme zu lösen sind. Ich kann bloß sagen, dann viel Spaß beim weiteren Probleme-Lösen im neuen Gemeinderat.

**Stadträtin Lorenz (FW/FÜR):** Ich nehme es vorweg, wir werden dieser Beschlussvorlage auch nicht zustimmen. Wir haben das letztes Mal auch abgelehnt. Geändert hat sich nur, dass die Dokumentation verbessert oder ausgeweitet wurde. Wir sind nicht zufrieden mit der ganzen Lösung. Und natürlich haben Sie recht, wir werden keinen Anbieter für diese 12 Meter und die eine Stufe extra finden. Das leuchtet mir vollkommen ein. Aber die Grundsatzfrage zu diesem Müllproblem ist, hätte man bei der ursprünglichen Satzungseinreichung genau beschrieben, was in Karlsruhe gemacht werden soll, hätte wahrscheinlich ein fremder Dritter auch ein anderes Angebot eingereicht, wie das Geld, was wir jetzt hinterherwerfen würden. Das ist eigentlich für mich die Grundsatzfrage, die damit nicht gelöst ist, ebenso die Haushalte, für die es noch keine Lösung gibt.

Ich möchte aber auch zu bedenken geben, Sie haben das letztes Mal gesagt, und das sehe ich ähnlich, Herr Oberbürgermeister, wir werden überlegen müssen, ob wir diesen Vollservice in Zukunft überhaupt aufrechterhalten können und auch wollen. Auf der anderen Seite stehen für uns auch die Mitarbeiter vom TSK, die die weiteren anderen Tonnen in manchen Straßen aus dem dritten Untergeschoss vom Keller hochhieven müssen. Wenn dann ein Kollege noch ausfällt wegen Krankheit und die dann zu uns sagen, nach zwei Jahren haben wir alle Rückenbeschwerden und müssen in Kur, und wir haben eine große Personalfuktuation und auch einen großen Krankenstand, kann das nicht gerecht sein. Daher sehen wir in dieser Beschlussvorlage nicht die Lösung, die wir uns eigentlich für Karlsruhe wünschen und die auch zukunftsfähig ist. Wir würden dann eher bevorzugen, wenn tatsächlich komplett neu ausgeschrieben wird mit der richtigen Vorlage, was in Karlsruhe gemacht werden soll.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Eigentlich kann ich mich inhaltlich den Redebeiträgen von Herrn Hock und von der Frau Lorenz anschließen. Dennoch werden wir als AfD heute zustimmen, ganz einfach deshalb, weil Frau Lisbach, Sie und TSK, versuchen jetzt, die Situation zu retten, und Sie schlagen uns dafür diesen Weg vor. Ich finde, wir sollten Ihnen dazu die Möglichkeit geben. Wenn es dann wieder nicht funktionieren sollte, dann müssen wir noch einmal darüber reden. Ddann wird es mit der Zustimmung wahrscheinlich auch schwierig werden. Aber unsere Hochachtung dafür, dass Sie versuchen, die Probleme jetzt kurzfristig zu lösen.

Es ist allerdings richtig, was der Herr Hock und was die Frau Lorenz gesagt haben. Wir haben über Jahre hinweg es vermieden, genau zu beschreiben, was unsere Müllwerker eigentlich zu leisten haben. Wir haben festgestellt, als das Team Sauberes Karlsruhe gegründet war, dass wir an etlichen Stellen neue Regelungen einführen mussten, weil wir bisher, als es noch das Amt für Abfallwirtschaft war, einfach nicht wirklich die Rechte der Arbeitnehmer vollständig abgebildet hatten, und das gehört für mich auch dazu. Ich muss sagen, wir gemeinsam als Gemeinderat haben das auch nicht richtig bearbeitet. Ich persönlich wusste von Müllwerkern, die mir erzählt haben, sie müssen am Hirschbuckel die Mülltonnen zwei Stockwerke hochhieven. Wenn man das hört, fragt man sich, wie kann so etwas eigentlich sein, aber wir hätten es eigentlich gemeinsam früher angehen müssen. Wir haben das Ganze auch nicht angefragt, wir haben auch keinen Antrag gestellt dementsprechend. Deswegen sehe ich uns als Gemeinderat mit in der Schuld. Aber was wir feststellen müssen, wir haben alle gemeinsam, die Verwaltung und der Gemeinderat, dieses Problem, das wir kannten, vor uns hergeschoben.

Da meine ich, das Team Sauberes Karlsruhe und die Verwaltung hätte erkennen müssen, dass jetzt mit dieser neuen Situation, wo ein Vertrag geschlossen wird zwischen zwei Leuten, zwischen zwei Vertragspartnern, die eigentlich mit uns direkt nichts zu tun haben. Als das sichtbar wurde, dass sich etwas ändert, spätestens da hätte man vonseiten TSK, vonseiten der Stadtverwaltung herangehen müssen und hätte diese Dinge definieren müssen. Man hätte sagen müssen, was der Volservice genau bedeutet. Man hätte dann auch mit den Arbeitnehmern reden müssen, inwieweit man die Regeln ändern muss, und hätte das dann der Bevölkerung auch mitteilen müssen. Da hätte man auch vielleicht noch ein bisschen mehr Zeit gehabt. Wir haben jetzt das Problem, wir sind jetzt in der Situation, wo das Ganze natürlich aufgeschlagen ist, weil wir uns vorher nicht darum gekümmert haben. Jetzt sind wir unter massivem Zeitdruck, müssen irgendeine Regelung herbeiführen. Das ist genau das Problem, was es so schwierig macht für alle Beteiligten, für die Bürger, die jetzt auf einmal in einer schwierigen Situation sind, und für uns als Verwaltung und für die Mitarbeiter vom Team Sauberes Karlsruhe. Es wird uns noch eine ganze Weile beschäftigen. Es wäre besser gewesen, wir hätten es im Vorfeld gemacht.

**Stadtrat Braun (KAL/DIE PARTEI):** In aller Kürze, auch wir werden das Vergabeverfahren heute ablehnen. Wir wollen eine Lösung für alle Haushalte und sehen die Lösung, die heute beschlossen werden soll, als einen halbgaren Kompromiss, bei dem der Status quo für viele Haushalte erhalten bleibt, und deswegen lehnen wir ab.

**Stadträtin Fenrich (parteilos):** Es ist meine letzte Haushaltsrede hier in dem Kreis. Da freuen Sie sich auf der linken Seite, ist mir schon klar. Ich wäre, glaube ich, nicht ich, wenn ich nicht doch ein paar kritische Anmerkungen hier machen würde. Wie Sie zu Recht vielleicht auch sagten, Herr Oberbürgermeister, oder nicht zu Recht, aber zumindest süffisant, Frau Fenrich, Stadträtin Fenrich, sie wollen immer recht haben. Nein, ich will nicht immer recht haben, aber es gibt Punkte, wo ich sicherlich recht habe. Deshalb denke ich, dass es sich so verhalten hat, wie der Herr Kalmbach in einer der vorigen Sitzungen sagte. Wir Stadtverwaltung und Gemeinderat, wir haben es verbaselt, sinngemäß. Das haben wir. Warum haben wir es verbaselt? Aus meiner Sicht, und das Gegenteil ist nie diskutiert worden oder bewiesen worden, wir haben hier in der Ausschreibung die Abfallsatzung zugrunde gelegt und haben unter Volservice aber etwas ganz anderes verstanden. Es war also eine Diskrepanz. Und KNETTENBRECH + GURDULIC haben das Richtige eigentlich daraus gemacht

und haben gesagt, die Abfallsatzung war der ursprünglichen Ausschreibung zugrunde gelegen. Deswegen machen wir den Full Service nur gegen entsprechendes Entgelt.

Dass Sie das jetzt so versuchen hinzubekommen, um die Bürger zu befrieden, was ich auch damals mit Feuereifer verteidigt habe, ich habe gesagt, es ist eine schlechte Stimmung in der Bürgerschaft, und da muss die Stadtverwaltung etwas tun, und deswegen der Full Service muss aufrechterhalten werden. Dass es natürlich so viel kostet, die Stadt hat noch einmal nachverhandelt, ist eine schöne Sache, aber wir dürfen nicht vergessen, das sind fast 3 Millionen Euro, die mehr an Gesamtkosten aufgewandt werden müssen, genauer gesagt 2,84 Millionen Euro. Da hat Herr Hock und Frau Lorenz auch vieles, vieles Richtige gesagt. Wir können uns nicht zurücklehnen. Selbst wenn jetzt die Vergabekammer zu dem Ergebnis kommt, dass diese Beschwerde von dem Mitbewerber eigentlich abgelehnt werden muss, können wir dennoch uns nicht zurücklehnen. Wir dürfen nicht vergessen, es könnte aus meiner Sicht auch ein Dritter diese Leistungen, diesen Full Service erbringen. Es bedarf dann nur einer entsprechenden Absprache zwischen KNETTENBRECH + GURDULIC und diesem Bewerber, der dieses dann macht. Möglich ist es, das hat auch der Anwalt dieses Beschwerdeführers so gesehen. Hoffen wir, dass es nicht so kommt, dass die Stadt hier obsiegt.

Ich denke mir, die Stadt sollte sich vielleicht Gedanken machen, dann wirklich sehr intensiv Gedanken machen, was es mit den über 6.000 Haushalten auf sich hat, wie sie das dann letztendlich in der Reihe bringen will. Eines muss ich noch sagen, die Bürger dürfen sich nicht zu früh freuen, denn es werden Erhöhungen auf sie zukommen. Die Erhöhungen wären nicht auf sie kommen, wenn man das Verfahren anders gemacht hätte.

**Der Vorsitzende:** Ich will nun zwei, drei Dinge noch einmal klarstellen. Sie müssen sich irgendwann entscheiden, ob die Position von Ihnen, Herr Stadtrat Braun, es muss für alle eine Lösung her, dass die Tonnen abgeholt werden, und die Argumentation, wir müssen aber in Bezug auf unsere eigenen Müllwerkerinnen und Müllwerker möglicherweise die ganze Geschichte noch einmal neu aufziehen. Das sind zum Teil unterschiedliche Zielsetzungen, und da müssen wir uns irgendwann einmal drüber unterhalten.

Zweite Bemerkung, auch weil hier gerade von Schuld geredet wurde, mir persönlich, und das müssen Sie mir einfach abnehmen, ich hatte in den letzten zehn Jahren viele Gespräche mit dem örtlichen Personalrat, aber dass die Tourenplanung nicht zumutbar ist, habe ich zum ersten Mal jetzt erfahren, seitdem wir diese Diskussion mit K+G haben. Es ist auch alles, was an Tourenplanung ist, mit der Arbeitssicherheit abgestimmt. Wir erleben jetzt, nachdem die Arbeitssicherheit noch intensiver da reinschaut, dass wir doch zu dem Ergebnis kommen, wir müssen an der Stelle etwas ändern. Aber es ist nicht so, dass wir bisher an dieser Stelle sozusagen im rechtsfreien Raum von den Menschen irgendetwas verlangt hätten, was so zumindest von der Arbeitssicherheit nicht grundsätzlich möglich gewesen wäre. Das ist mir auch noch einmal ganz wichtig.

Dann haben wir nicht ausgeschrieben, dritte Bemerkung, sondern Landbell hat ausgeschrieben, und wir mussten denen in einer Vereinbarung aber klarstellen, was sie denn an der Stelle ausschreiben. Das heißt, wir hätten jetzt auch wenig die Möglichkeit gehabt, alles völlig alleine zu gestalten. Weil der Herr Kinkel gerade da oben sitzt und immer wieder mich auffordert, mich endlich einmal zu entschuldigen. Ich glaube, Sie waren damals bei der Pressekonferenz dabei im März, wo ich mich entschuldigt habe. Ich werde das jetzt

aber nicht jede Woche tun, bloß damit das irgendwie passend ist. Wir müssen jetzt gucken, wie wir alle diese verschiedenen Aspekte in der Zukunft dann nicht nur für den Wertstoff, sondern auch für andere Dinge regeln. Und dass wir Ihnen das heute auch mit gutem Gewissen vorschlagen können, liegt daran, dass dieser Teil, den wir jetzt nachträglich vereinbaren wollen - der hätte am Anfang schon Teil der Ausschreibung sein können -, vorne bei der Kostenaufstellung aufgeführt werden. Es ist nicht so, dass wir hier Geld aufbringen für etwas, was wir unter anderen Bedingungen hätten einsparen können. Hätten wir den Vollservice so ausgeschrieben, dass man sogar über 27 Meter hinaus und über eine Stufe hinaus alles abholt, dann müssten wir hier noch über ganz andere Preise reden. Von daher holen wir jetzt etwas nach, was seinerzeit mit Sicherheit nicht gut gelaufen ist, aber es ist auch nicht so, dass wir deswegen unverhältnismäßig mehr Geld aufwenden müssen, sondern wäre das schon gleich von vornherein Teil der Vertragsgrundlagen gewesen, und dann hätten wir uns spätestens an der Stelle sowieso darüber unterhalten müssen.

Vielen Dank, dass wir den Antrag der CDU noch einmal in den Hauptausschuss nehmen können. Wir müssen bei einzelnen Punkten noch ein bisschen detaillierter nachlegen. Sie haben aber gemerkt an der Antwort, auch wenn Sie die gern früher bekommen hätten, dass wir uns schon sehr intensiv damit beschäftigen. Von daher werden wir das dann komplettieren.

Und damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Beschlussvorlage unter Tagesordnungspunkt 14, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist mehrheitliche Zustimmung, vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
2. August 2024